



## **Haushalts- und Finanzausschuss**

### **25. Sitzung (öffentlich)**

27. September 2018

Klausurtagung – Solingen, Hotel Gräfrather Hof

9:30 Uhr bis 10:05 Uhr

Vorsitz: Ralph Bombis (FDP) (Stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Thilo Rörtgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019) 3**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/3300

Und:

**Finanzplanung 2018 – 2022**

Drucksache 17/3301

In Verbindung mit:

**Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze  
(Haushaltsbegleitgesetz 2019)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/3303

In Verbindung mit:

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Nachtragshaushaltsgesetz 2018)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/3400

**– Haushaltsklausur**

<b>Einzelplan 04: Ministerium der Justiz</b>	<b>3</b>
Erläuterungsband Vorlage 17/1083	
<b>Einzelplan 05: Ministerium für Schule und Bildung</b>	<b>4</b>
Erläuterungsband Vorlage 17/1086	
<b>Einzelplan 06: Ministerium für Kultur und Wissenschaft</b>	<b>6</b>
Erläuterungsband Vorlage 17/1042	
<b>Einzelplan 14: Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie</b>	<b>8</b>
Erläuterungsband Vorlage 17/1085	
<b>2 Verschiedenes</b>	<b>9</b>
Keine Wortmeldungen.	

\* \* \*

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/3300

Und:

**Finanzplanung 2018 – 2022**

Drucksache 17/3301

In Verbindung mit:

**Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2019)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/3303

In Verbindung mit:

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Nachtragshaushaltsgesetz 2018)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/3400

**– Haushaltsklausur**

**Stellv. Vorsitzender Ralph Bombis** teilt mit, dass die gestern unterbrochenen Haushaltberatungen nun fortgesetzt würden.

**Einzelplan 04: Ministerium der Justiz**

Erläuterungsband Vorlage 17/1083

**Monika Düker (GRÜNE)** führt aus, die höchsten Belastungen gebe es in der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Aufgrund der hohen Anzahl an Asylverfahren liege man hier bei den PEBB\$Y-Belastungszahlen bei 186 %. In der Verwaltungsgerichtsbarkeit seien 40 Stellen unbesetzt, allerdings würden 21 neue Stellen geschaffen. Gleichzeitig liege in der Finanzgerichtsbarkeit die Belastungsquote bei deutlich unter 100 %; dort gebe es

aber ebenfalls neue Stellen. Vor dem Hintergrund wolle sie wissen, warum die Stellen nicht vor allem dort ausgebracht würden, wo es die größte Belastung gebe.

**MR Dr. Christian Herzberg (JM)** erläutert, in der Tat sei die Belastungsquote in der Finanzgerichtsbarkeit relativ gering. Deswegen verschiebe man im Wege der Abordnung verstärkt Finanzrichter auf die freien Stellen in der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Dieses Personalgeschäft sei jedoch relativ langwierig. Aus diesem Grunde gebe es auch noch unbesetzte Stellen in der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Dies sei aber ein ständiger Prozess, wo im Wege der Abordnung Personal aus anderen Gerichtsbarkeiten in der Verwaltungsgerichtsbarkeit tätig wird. Die Verwaltungsgerichtsbarkeit verfüge über einen relativ kleinen Personalkörper. Deswegen könne man nicht alle neuen Stellen im Wege von Neueinstellungen besetzen, zumal man jetzt schon wisse, dass die Asylverfahrenswelle im Laufe der Zeit abklingen werde. Nach den neuen PEBB§Y-Zahlen sei die Belastung massiv gesunken, nämlich unter 120 %. Dies mache deutlich, dass es in dem Bereich eine Art Wellenbewegung gebe, sodass man mit Neueinstellungen hier nicht weiter komme, sondern dieses Problem müsse durch Abordnungen aus anderen Gerichtsbarkeiten gelöst werden. So erkläre sich die Zahl der neuen Planstellen. Es sei eine moderate Ausbringung von neuen Stellen für die Verwaltungsgerichtsbarkeit vorgenommen worden, sechs Richterstellen und vier Stellen im Servicebereich. Mit dieser Maßnahme wolle man der Situation gerecht werden, allerdings befristet bis 2021. Man hoffe, bis dahin den Peak an Verfahren zügig im Sinne der Betroffenen abzuarbeiten.

**Monika Düker (GRÜNE)** merkt an, vor dem Hintergrund erschließe sich ihr nicht, warum bei den Finanzgerichten elf neue Stellen benötigt würden.

**MR Dr. Christian Herzberg (JM)** erklärt, bei diesen Stellen handele es sich um speziell eingerichtete Stellen für den elektronischen Rechtsverkehr, für das Projekt eJustice.

### **Einzelplan 05: Ministerium für Schule und Bildung**

Erläuterungsband Vorlage 17/1086

**Martin Börschel (SPD)** möchte mit Blick darauf, dass sich die Umstellung aller Lehrkräfte auf mindestens A13 im Eingangssamt in der Diskussion befinde, die Gesamtkosten für diese Maßnahme wissen.

Des Weiteren fragt er – nach Schulformen ausdifferenziert, Primar- und Sekundarbereich jeweils getrennt –, wie viel Geld in den Ganzttag jeweils investiert werde.

**MR'in Nicole Michels (MSB)** führt aus, zur Lehrerbesoldung könne sie an dieser Stelle keine Ausführungen machen. Dies sei ja auch nicht Gegenstand der Vorlage

zum Haushalt 2019. Ihres Wissens seien die Gespräche hierzu noch nicht abgeschlossen. Eine genaue Kenntnis darüber habe sie nicht. Dies laufe über die Dienstrechtsabteilung des Ministeriums und nicht über den Haushalt.

Für den gebundenen Ganzttag, der sich im Wesentlichen auf die Sekundarstufe I beziehe, habe man rund 344 Millionen € vorgesehen. Daneben gebe es die sogenannte pädagogische Übermittagsbetreuung, die auch in der Sek. I stattfinde. Dafür seien etwa 40 Millionen € veranschlagt. Für die offene Ganzttagsschule im Primarbereich liege man bei rund 447 Millionen €.

**Martin Börschel (SPD)** kann nachvollziehen, dass zur Lehrerbesoldung heute keine Zahlen genannt werden könnten. Er bitte darum, dies zum Berichterstattegespräch zu tun.

Bezüglich seiner zweiten Frage bitte er darum, die Zahlen auch noch nach Schulformen in der Sek. I aufzuschlüsseln, gerne auch zum Berichterstattegespräch.

**MR'in Nicole Michels (MSB)** sagt dies zu.

**Monika Düker (GRÜNE)** sagt, im gesamten Einzelplan 05 seien zum Stichtag 1. Juli fast 7.000 Stellen nicht besetzt. Dies sei in einzelnen Bereichen sehr spürbar. Sie interessiere, wie sich im Haushaltvollzug 2018 die Stellenbesetzung entwickle.

**LMR Thomas Frein (MSB)** legt dar, eine konkrete Zahlenveränderung könne er nicht nennen, aber es werde erwartet, dass sich die Besetzungssituation immer dann, wenn neue Referendare auf den Arbeitsmarkt träten, etwas verbessere. Zum 1. August habe es ein Einstellungsverfahren gegeben. Die Besetzungsquote habe bei gut 60 % gelegen. Man habe im Laufe des Jahres ca. 6.000 Personen in den öffentlichen Schuldienst eingestellt. Zum 1. November würden noch einmal rund 3.500 Referendare ihren Vorbereitungsdienst abschließen. Das führe natürlich gerade in den Schulformen, wo bislang Stellen nicht hätten besetzt werden können, zu zusätzlichen Einstellungen. Dies würden nicht unbedingt 3.500 sein, weil natürlich auch hier wieder Lehrämter, Fächer, regionale Einsatzwünsche der Lehrkräfte nicht zwingend mit dem Bedarf übereinstimmen, aber man werde noch zusätzliche Einstellungen vornehmen, sodass davon auszugehen sei, dass sich die Situation leicht verbessere. Aber so weit, dass es nur noch eine geringe Zahl von unbesetzten Stellen gebe, sei man absehbar noch nicht.

**Monika Düker (GRÜNE)** bittet um Informationen zur Stellenbesetzung im Grundschulbereich. Diesbezüglich gebe es ja neue Vorstöße der Ministerin.

**LMR Thomas Frein (MSB)** berichtet, traditionell habe man gerade im Grundschulbereich immer mehr Lehrkräfte ausgebildet, als man hinterher habe einstellen können. Daher sei nun die Situation für die Grundschulen, Probleme zu haben, ihre Stellen zu besetzen, neu. Diese Situation sei durch zwei Vorgänge hervorgerufen worden, die

mehr oder weniger gleichzeitig zusammengekommen seien, nämlich die Verlängerung der Studiendauer und die hohe Zuwanderung, mit der Konsequenz, einen hohen Einstellungsbedarf und eine geringe Bewerberzahl zu haben. Derzeit würden die Absolventenzahlen im Vorbereitungsdienst wieder ansteigen, sodass man voraussichtlich in den kommenden Jahren wieder über den Bedarf Lehrkräfte ausbilde. Allerdings werde es noch eine Weile dauern, bis die jetzige Lücke wieder geschlossen sei. Die Maßnahmen, die jetzt angestoßen worden seien, zeigten bereits Erfolge, beispielsweise die Möglichkeit für Sekundarstufe-II-Lehrkräfte, in der Grundschule einzusteigen und sich einige Jahre später an ein Gymnasium oder an eine Gesamtschule versetzen zu lassen. Mehr als 150 Lehrkräfte hätten bereits davon Gebrauch gemacht. In dem einen oder anderen Fall trete vielleicht auch eine Art Klebeeffekt ein, sodass die Lehrkräfte an der Grundschule blieben. Darüber gebe es jedoch keine näheren Zahlen.

**Markus Herbert Weske (SPD)** stellt fest, dass auf der einen Seite neue Stellen geschaffen würden und es auf der anderen Seite unbesetzte Stellen gebe. Dies gelte nicht nur für den Schulbereich, sondern beispielsweise auch für die Justiz. Nach außen hin werde der Eindruck erweckt, dass etwas getan werde, faktisch passiere jedoch vor Ort nichts. Als Haushälter freue man sich natürlich, wenn am Ende des Jahres Geld übrig bleibe, weil Personalkosten nicht entstanden seien, aber im Kern gebe es ein grundsätzliches Problem. Und hier komme er zu Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit. Der Haushalt sei im Kabinett vor der Sommerpause verabschiedet worden. Am gleichen Tage habe der Unterausschuss Personal eine Vorlage des Finanzministeriums beraten, wonach im Bereich Schule 6.187 Stellen nicht besetzt seien, und gleichzeitig beschließe das Kabinett neue Stellen. Er habe keine Lösung parat, aber man sollte ehrlich sagen, was realistisch nicht eintreten werde.

Der Minister habe einmal gesagt, dass jeder, der einen Job als Lehrer haben wolle, herzlich willkommen sei. Insofern sei es vor dem Hintergrund der unbesetzten Stellen vollkommen egal, ob man 1.000, 2.000 oder 3.000 neue Stellen schaffe. Von daher sollte man mit realistischen Zahlen in den Bereichen Justiz, Polizei und Schule arbeiten.

### **Einzelplan 06: Ministerium für Kultur und Wissenschaft**

Erläuterungsband Vorlage 17/1042

**Monika Düker (GRÜNE)** sagt, ihre Nachfrage beziehe sich auf die globale Minderausgabe, die, obwohl der Etat deutlich steige, erhöht werde. Sie interessiere der Grund für diese Erhöhung der globalen Minderausgabe.

**RBr Dr. Dieter Herr (MKW)** merkt an, bezüglich der Erhöhung der globalen Minderausgabe sei das Fachressort immer ein schwieriger Ansprechpartner. Die globale Minderausgabe sei nicht nur im Einzelplan 06 erhöht worden, sondern es habe eine geschlüsselte Erhöhung der globalen Minderausgabe in allen Einzelplänen gegeben.

**Monika Düker (GRÜNE)** lässt wissen, die Erhöhung der globalen Minderausgabe im Einzelplan 06 sei ihr deshalb aufgefallen, weil es hier eine erhebliche Erhöhung des Etats gebe. Von daher frage sie den Minister, nach welchen Kriterien die globale Minderausgabe auf die Fachressorts verteilt worden sei.

**Minister Lutz Lienenkämper (FM)** legt dar, das politische Ziel sei, den Etat im Kulturbereich im Laufe der Legislaturperiode um 50 % zu erhöhen. Darüber hinaus benötige man auch im Bereich der Hochschulen mehr Geld. Deswegen sei auch dieser Etat erhöht worden. Das korrespondiere natürlich damit, dass jedes Ressort Sparbeiträge leisten müsse. Die globale Minderausgabe stelle einen Anreiz für die Ressorts dar, Schwerpunkte zu setzen.

**Monika Düker (GRÜNE)** entgegnet, gespart werde dann, wenn Aufgaben identifiziert würden, die wegfallen könnten. Eine GMA sei das Prinzip Hoffnung, man kehre alles aus und gucke, was übrigbleibe. Das sei kein Sparen. Von daher interessiere sie, wo strukturell gespart werde.

**Minister Lutz Lienenkämper (FM)** betont, die globale Minderausgabe sei ein Anreiz, Schwerpunkte zu setzen. Schwerpunkte bestünden aus Erhöhungen des Gesamtansatzes, beispielsweise beim Ministerium für Kultur und Wissenschaft, aber auch aus der Notwendigkeit, einen Sparbeitrag im gesamten Haushaltsgefüge zu erbringen. Den Ministerien obliege es, zu entscheiden, in welchem Bereich etwas passiere. Das Ministerium der Finanzen habe einen Vorschlag gemacht, dem das Kabinett gefolgt sei, was das gesamte Sparvolumen über die gesamte Regierung angehe, und habe dann eine Verteilung auf die Ressorts vorgenommen. Anders bekomme man die Anreize nicht umgesetzt, außer das Finanzministerium würde demnächst festlegen, an welchen Haushaltsstellen gespart werden solle. Dies wolle er aber ausdrücklich nicht, weil seiner Auffassung nach Subsidiarität auch innerhalb der Landesregierung klug sei, denn jedes Ressort kenne seine eigenen Sparpotenziale am besten.

**Monika Düker (GRÜNE)** stellt fest, dass ihre Frage nicht beantwortet worden sei, aber sie frage nicht weiter.

**Herbert Strotebeck (AfD)** sagt, er habe eine Frage zum Kapitel 06 070, Funktionskennziffer 153. Es seien Mittel für den Kampf gegen Rechtsextremismus und gegen Salafismus in unveränderter Höhe veranschlagt worden. Darüber hinaus sei eine neue Position geschaffen worden. Ihn interessiere, wo die Mittel für den Kampf gegen Linksextremismus veranschlagt seien.

**RBr Dr. Dieter Herr (MKW)** erwähnt, die Mittel für die politische Bildung mit Zielrichtung auf Bekämpfung des Linksextremismus seien im Titel 534 verankert, also im Stammhaushalt der Landeszentrale.

**Einzelplan 14: Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie**

Erläuterungsband Vorlage 17/1085

Keine Wortmeldungen.

**Stellv. Vorsitzender Ralph Bombis** stellt fest, dass damit alle Einzelpläne abgearbeitet seien.



## 2 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

**Stellv. Vorsitzender Ralph Bombis** bedankt sich bei Herrn Schlichting und den Mitarbeitern für die Organisation der Klausurtagung sowie bei den Vertretern der Ministerien für die Beantwortung der Fragen.

gez. Ralph Bombis  
Stellv. Vorsitzender

10.10.2018/16.10.2018

17

